Bezugsgebühr: Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal) 3 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bis 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. ohne Bestellgeld, im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") gestattet. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Spielwaren-Weihnachts-Ausstellung. K. S. Hoflieferant **B. A. Müller** Prager Str. 32/34. Grösstes und feinstes Spielwarenhaus Deutschlands. Zahlreiche Neuheiten. Illustrierter Katalog frei.

Kunst-Salon von **Emil Richter** Prager Strasse Prager Strasse **Hochzeits-Geschenke** Geschmackvoll. * Künstlerisch. * Preiswert.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf.,** Marienstr. 20, 3 Raben.

Nr. 311. Spiegel: Sessionsbeginn im Reichstage. Umschreibung von Fahrkarten, Allgem. Musikerverein. Wohnküche. Bismarck u. d. Reichstagswahlrecht, Französ. Trennungsgesetz, Byzantinismus. | Mutmaßl. Witterung: Kühl, veränderlich. | **Sonntag, 11. November 1906.**

Der Reichstag

wird am Dienstag seine Verhandlungen wieder aufnehmen, und wenn es nach dem ginge, was Präsident Graf Ballestrem kurz vor der Vertagung erklärte, so würde seine Tätigkeit sich vor allem auf die gemütsruhige Aufarbeitung der Restbestände der vorigen Session beschränken. Das Schicksal will es aber anders. In der Zwischenzeit hat sich ein so massenhafter Zündstoff in der öffentlichen Meinung aufgehäuft, daß es in erster Linie zu einer gründlichen Aussprache über alle die Dinge kommen muß, die in der parlamentslosen Zeit die Geister bewegt haben, als da sind Kolonialenthüllungen, Fleischteuerung und persönliches oder verantwortliches Regiment. Die Kolonialaffären und die Fleischteuerung sind in der gesamten Presse bereits so gründlich mit Röntgenstrahlen durchleuchtet worden, daß es Eulen nach Athen tragen hieße, wollten die Redner des Hauses versuchen, hier noch neue Gesichtspunkte zu entdecken, die schlechterdings nicht mehr zu finden sind. Für die großen nationalen Parteien wird es zumal in der Fleischnotfrage lediglich darauf ankommen, ihren sachlich ausgleichenden Standpunkt, der das berechtigte Interesse der Landwirtschaft mit den unabweislichen Anforderungen einer ausreichenden Volksernährung in Einklang bringen will, nachdrücklich zu präzisieren, um dadurch ein wirksames Gegengewicht gegen die agitatorische Ausbeutung der Angelegenheit seitens der radikalen Parteien und der Sozialdemokratie herzustellen, die natürlich nicht verfehlen werden, bombastische Fensterreden zu halten, um aus der weiteren Aufstachelung der allgemeinen Unzufriedenheit Kapital für ihre eigennützigen Zwecke zu schlagen. Je weniger die staatserhaltenden Parteien dem Radikalismus auf diesen Spuren zu folgen vermögen, weil sie sich ihrer politischen Verantwortlichkeit bewußt sind, um so weniger dürfen sie aber auch einen Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie ehrlich bereit sind, wirklich vorhandene Mißstände, wo immer sie sich zeigen, zu beseitigen und so die rettende hilfreiche Tat, die den großspurigen Worten der radikalen Elemente regelmäßig fehlt, in die Praxis umzusetzen. Das gilt auch für das koloniale Gebiet; denn wenn der „afrikanische Entdeckungsreisende" Herr Erzberger auch der Hauptsache nach mit seinen „Enthüllungen" Fiasko gemacht und nicht bloß sich persönlich, sondern ebenfalls seine Partei gehörig in die Nesseln gesetzt hat, so ist doch ein großer Niederschlag in der Retorte zurückgeblieben, der es unbedingt erforderlich macht, daß in der Kolonialverwaltung auch von Reichstags wegen schärfer als bisher nach dem Rechten gesehen wird. Hoffentlich erleichtert der neue Mann, Exzellenz Dernburg, dem Reichstage diese Aufgabe nach Kräften.

Für die Psychologie der innerpolitischen Lage bezeichnend ist die über dem gesamten Reiche liegende Wolke von elektrischer Spannung, aus der sich die fahlen Blitze der Krisengerüchte entladen haben. Nicht, als ob derartige Erörterungen an sich besonders beachtlich wären. Behauptungen, daß es an den leitenden Stellen kriselte, pflegen sich alljährlich um die Herbstwende mit ziemlicher Pünktlichkeit einzustellen, und die Konjekturalpolitiker stürzen sich mit Wonne auf jede solche Gelegenheit zur Erprobung ihres Scharfsinns. Was aber den diesmaligen Krisengerüchten einen Ausnahmestempel aufdrückt, ist der allgemeine und einmütige Widerspruch, der im Zusammenhange damit gegen das persönliche Regiment laut wird. Auf konservativer, freikonservativer und nationalliberaler Seite tritt das gleichmäßige Bestreben zu Tage, „die Krone vor Entgleisungen nach der absolutistischen Richtung zu schützen", und die zum Ausdruck des gemeinsamen Gedankens gewählte Sprache ist selbst in der konservativen Presse von solcher entschiedener Festigkeit, daß sich deutlich erkennen läßt, wie gründlich satt die gesamte Nation einen Zustand hat, der trotz des kaiserlichen Verdammungsurteils über die „Schwarzseher" nun einmal vorhanden ist und durch seine Unklarheit und Ungewißheit, durch den Druck der Empfindung, daß der ruhende Pol in der Flucht der Erscheinungen fehlt und jeden Augenblick etwas Plötzliches, Unberechenbares, Impulsives über uns hereinbrechen kann, allmählich selbst den konservativsten Kreisen in unerträglicher Weise auf die Nerven gefallen ist. Die Sehnsucht nach starken, selbständigen, widerstandsfähigen Männern in der Regierung teilt heute alle Welt im Deutschen Reiche, die überhaupt für ein unabhängiges politisches und nationales Urteil in Betracht kommt. Ein angesehenes nationalliberales Blatt kleidet diese Empfindung in die Form, daß „alle Unzulänglichkeiten der heutigen Machthaber schonungslos aufgedeckt und ihnen die Mittel zum weiteren Fortwursteln schonungslos entzogen werden müßten". „Ein Mann, ein Mann, ein Königreich für 'nen Mann!" so schallt es nach berühmten Mustern von allen Seiten dem Fürsten Bülow entgegen, während er im Begriffe steht, die ihm durch seine Erkrankung entglittenen Zügel der Regierung wieder in die Hand zu nehmen und sich dem Reichstage in neu gewonnener Gesundheit vorzustellen. Fest, sehr fest wird Fürst Bülow die Zügel ergreifen müssen, wenn er sich im Sattel halten will gegenüber dem Ansturm, der ihm droht. Mit dem leichten Salonplauderton, mit dem der Kanzler bei früheren Gelegenheiten manchmal Erfolg erzielte, ist dem Ernste der gegenwärtigen Lage nicht beizukommen. Da heißt es, im scharfen Turnier auf Hieb und Stich seinen Mann stehen und überzeugende Bürgschaften geben, daß der klar ausgesprochene Wille der Nation geachtet werden soll.

Wenn sogar ein der Wilhelmstraße in Berlin so nahestehendes Blatt, wie die „Köln. Ztg.", die dem Fürsten Bülow selbst schon so viel weißes Papier bereitwillig zur Verfügung gestellt hat, in einem jüngst vielbemerkten Artikel ungeschminkt die Frage aufwarf: „Wo ist die Regierung? Werden wir überhaupt noch regiert?" und die Antwort dahin zusammenfaßte, daß die Regierung durch ihre Tatenlosigkeit, Schlaffheit und Nichtachtung aller Volksregungen immer größere Bruchteile des Bürgertums in die Reihen der Sozialdemokratie treibe, und mit „nicht mit Rosenwasser getauften Kundgebungen" drohte, so läßt das, wie Herr Sabor sagen würde, tief blicken. Die Nationalliberalen haben freilich auch Ursache, besonders erbost zu sein; ist ihnen doch ihre übereifrige Liebesmühe, die sie bei dem letzten großen Steuerramsch im Reichstage in der Empfehlung der so überaus unbeliebten Verkehrssteuern entwickelten, in ihren Wählerkreisen teuer genug zu stehen gekommen. Da droht nun jetzt schon wieder eine Regierungsjagd nach neuen Steuern, weil der Reichstag im Vorjahre nur 180 Millionen bewilligt hat, während das Reichsschatzamt den Gesamtbedarf in einer auch von der Reichstagskommission im wesentlichen als richtig anerkannten Schätzung auf 225 Millionen berechnet hatte. Die Differenz soll jetzt nachgefordert werden, und angesichts dieser Bescherung legt die nationalliberale Presse besonderen Wert darauf, festzustellen, daß der Reichstag keinesfalls zum bloßen Bewilligungsautomaten herabgedrückt werden dürfe. Auch die übrigen maßgebenden Parteien sind sich darüber einig, daß von parteipolitischer Seite im Punkte der Steuerauffindung einstweilen genug geschehen ist und daß die Regierung nunmehr als Pfadfinder unbedingt vorangehen muß. Gleichzeitig wird allgemein Verwahrung gegen eine weitere Belastung der minderbemittelten Schichten eingelegt, und zu dem Zwecke ein schärferes Anziehen der Luxussteuerschraube, u. a. durch Einführung einer Weinsteuer auch für stille Weine nach dem Vorbilde der Schaumweinbesteuerung angeregt.

Die gesamte Situation ist so beschaffen, daß sie den nationalen Parteien Gelegenheit geben wird, in einer parlamentarischen Kraftprobe zu zeigen, ob sie große Fragen großzügig zu behandeln verstehen, indem sie in wirksamer Weise gleichzeitig nach oben hin wie gegen die tendenziösen radikalen Anzapfungen Front machen. Sieht sich die Regierung einer festgeschlossenen nationalen und staatserhaltenden Phalanx im Reichstage gegenüber, so wird sie die Forderung, daß das Reich nicht länger nach persönlichen Stimmungen regiert wird, sondern daß unter Ausschaltung aller unverantwortlichen Einflüsse ein streng konstitutionelles Regiment auf sachlicher Grundlage die Geschäfte führt, mit dem ihr gebührenden Ernste behandeln und ihre Erfüllung in verpflichtender Form verheißen müssen. Sonst würde der Reichskanzler Fürst Bülow, der nach der Versicherung seines Leibarztes Prof. Renvers jetzt wieder jeden Puff vertragen kann, die Erfahrung machen, daß es gewisse Boxerstöße gibt, die selbst den robustesten Kämpfer außer Aktion setzen. Je bedeutsamer und einschneidender die allgemeinen Wohlfahrts-Interessen sind, die bei diesem Ringen um ein unpersönliches Regiment im Reiche auf dem Spiele stehen, desto schärfer muß auch ein Verfahren gebrandmarkt werden, dessen Ziel darauf hinausläuft, die geschlossene Einigkeit unter den nationalen Parteien zu zerstören und damit den Eindruck der Haltung des Reichstages abzuschwächen. Von linksnationalliberaler Seite werden leider solche Quertreibereien unternommen, indem man die konservative Opposition gegen das persönliche monarchische Regiment verdächtigt, sie bezwecke lediglich deshalb den persönlichen Einfluß des Kaisers auszuschalten, um an seine Stelle den Willen „starker Männer" in den leitenden ministeriellen Aemtern zu setzen, mit deren Hilfe dann allerlei „reaktionäre" Pläne verwirklicht werden sollten. Einer ernsthaften Widerlegung ist ein derartiges Gerede nicht wert. Immerhin ist es insofern lehrreich, als es zeigt, wie unzuverlässig und unbrauchbar der Linksliberalismus, der alle Dinge ausschließlich durch die parteipolitische Brille betrachtet, für einen ernsten, sachlichen Kampf gegen wirkliche Uebelstände ist, weil ein solcher einen höheren Standpunkt voraussetzt. Für die Gemeinsamkeit des Vorgehens der nationalen und staatserhaltenden Parteien im Reichstage wird es von ausschlaggebender Bedeutung sein, daß der gemäßigte Liberalismus sich nicht „vom Linken umgarnen" läßt, sondern bei aller sachlichen Schärfe der notwendigen Kritik sich der breiten Kluft bewußt bleibt, die ihn vom politischen Radikalismus trennt.

Neueste Drahtmeldungen vom 10. November.

Zur Fleischnot.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Gesamtvorstand des Deutschen Fleischerverbandes hat in der Fleischfrage eine Resolution beschlossen, in der wiederholt darauf verwiesen wird, daß zurzeit das einzige Mittel zur Linderung der Teuerung des Fleisches die Einführung lebenden Viehes unter den nötigen sanitären Vorsichtsmaßregeln sei. Daß diese Einfuhr, heißt es weiter, ohne jegliche Gefährdung des deutschen Viehstandes sich ermöglichen läßt, beweisen die jahrelangen Erfahrungen seit der Einführung österreichischen Viehes. Trotz der angeblichen Bemühungen der Landwirtschaft, ihren Viehstand den gesteigerten Ansprüchen des Konsums anzupassen, wird es ihr nicht möglich sein, den inländischen Viehstand auf die entsprechende Höhe zu bringen. Deshalb sieht es der Vorstand des Deutschen Fleischerverbandes als eine weitere dringende Notwendigkeit an, daß der heimische Viehstand durch die Einfuhr auch von jungem und Nutzvieh aus dem Auslande, eventuell unter Zollbefreiung, vermehrt wird. Einem so vermehrten Bestande wird indes der heimische Futterbau nicht zu genügen vermögen, weshalb es notwendig sein wird, Futtermittel zollfrei oder zu ermäßigten Zoll- und Frachtsätzen einführen zu dürfen.

Die polnische Propaganda.

Berlin. (Priv.-Tel.) Polnische Demonstrationen werden gegen den Fürstbischof Kopp geplant, der wegen seiner Stellung zum Schulkinderstreik als „Handlanger der preußischen hakatistischen Regierung" bezeichnet wird. Es sollen die polnischen Bischöfe aller drei Teile des ehemaligen Polenreiches eine Vorstellung an den Vatikan richten und darauf hinweisen, daß eine derartige Haltung eines Bischofs, der der Oberhirte einer Million polnischen Volkes, mit Gewißheit eine Lockerung der Bande herbeiführen muß, die das polnische Volk an Rom ketten. Schon im Interesse der katholischen Kirche muß der Papst dem Fürstbischof ein entschiedenes Veto zurufen. Eine zweite Demonstration gegen den Fürstbischof wird von den Polen der Mark Brandenburg am 8. Januar, gerade an dem Tage der Feier des 25jährigen Bischofsjubiläums des Kardinals, veranstaltet werden. In öffentlicher Versammlung soll dem Fürstbischof „ein Register seiner Sünden gegen die Polen" vorgehalten werden.

Posen. (Priv.-Tel.) Erzbischof von Stablewski empfing eine große Polendeputation, die ihm für seinen Standpunkt dankte. Der Sprecher der Deputation war der Rittergutsbesitzer Dr. v. Jackowski. Der Erzbischof dankte für die Huldigung und sprach die Hoffnung aus, daß Gott den Polen den Sieg verleihe.

Posen. (Priv.-Tel.) Infolge ihrer den Schulstreik fördernden Tätigkeit wurden die Pröpste Szurcynski aus Kosten und Laubitz aus Hohensalza ihrer Aemter als Mitglieder der Schuldeputation entsetzt.

Posen. Die Zahl der gegenwärtig beim deutschen Religionsunterricht streikenden polnischen Kinder übersteigt 40 000.

Kattowitz. (Priv.-Tel.) Der oberschlesische Schulstreik gewinnt an Ausdehnung. In den Gemeinden Brzinka und Karlsegen weigert sich eine große Anzahl Schulkinder, im Religionsunterrichte deutsch zu antworten.

Unwetternachrichten.

Innsbruck. (Priv.-Tel.) Die Vintschgau-Bahn hat den vollen Betrieb wieder aufgenommen. In Sarnthein sind große Muhrbrüche erfolgt; der Talweg ist verschüttet. In Salurn hat die Etsch den Damm an zwei Stellen durchbrochen; viele Häuser sind geräumt worden. In Gries ist heute nacht ein Neubau durch Unterwaschung infolge Regens eingestürzt.

Innsbruck. Aus Südtirol sind weitere Nachrichten über Schäden, die durch das Hochwasser hervorgerufen sind, eingelaufen. In der Umgegend von Malsch sind die Felder arg beschädigt, in Mezzolombardo hat der Nocefluß den Damm in einer Länge von 100 Meter unterbrochen. Gebiete von 3 Kilometer Länge und 4 Kilometer Breite sind überschwemmt. Viele Ortschaften in der Vallsugana stehen unter Wasser. In Nave steht das Wasser 2 Meter hoch. Der Betrieb des Elektrizitätswerkes von Tonale ist eingestellt. Mehrere Häuser sind samt Geräten und Haustieren fortgerissen, viele Brücken fortgeschwemmt, Felder und Weingärten verwüstet. Zwei Personen wurden bei dem Unwetter tot aufgefunden.

Neapel. Die Behörden von Ottajano haben telegraphisch mitgeteilt, daß dort heute ein starker Sandregen vom Vesuv niederging, der jedoch nur einige Minuten andauerte. Der Direktor des Observatoriums auf dem Vesuv Professor Mattecucci teilte telegraphisch mit, daß dort um 11 Uhr 36 Min. eine heftige Erderschütterung verspürt wurde, die zwei Sekunden andauerte. In Verbindung damit seien die Abrutschungen am Krater und das Auswerfen bedeutender Sandmengen erfolgt. Indessen versichert Mattecucci, daß dies kein Grund sei, um bedeutendere Erscheinungen zu erwarten.

Nizza. Die Roya ist über ihre Ufer getreten und hat die Straße von Breglio nach Ventimiglia auf eine Strecke von ungefähr 100 Metern fortgerissen. Infolge starker Regengüsse ist das im Bau befindliche Kasino von Peira Cava bei Nizza eingestürzt.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Infolge der in erschreckender Weise sich mehrenden Ueberfälle auf Eisenbahnzüge, die Geldsendungen mit sich führen, beschloß der Ministerrat, die Post in besonderen Zügen, bestehend aus 4 bis 5 Waggons, mit Militär zu befördern. Solche Züge werden, die sie aus Panzerwagen bestehen, auch den Sicherheitsdienst auf den Bahnlinien übernehmen. Der Kredit für die Ausführung dieses Entwurfs nebst voller Verpflegung und Kriegsbereitschaft des Militärs wird auf 33 Millionen Rubel veranschlagt.

Pfannns Erbswurst! Pfannns Suppen! * Fabrik Radebeul i/S.